

WELT IM WANDEL

ZEITUNG FÜR NEUES DENKEN

›Welt im Wandel - Die Neue Zeitung‹ erscheint monatlich im ›Georg von Toyberg Verlag‹ – Jahrg. 2, Nr. 1; München, Februar 2018

Das Kuckucksei ist endlich gelegt

Es ist wahrlich ein Kuckucksei, denn ein solches wird vom Eileger in ein fremdes Nest platziert, damit es von dem fremden Vogel mitausgebrütet und groß gezogen wird. Das geschieht nun in den nächsten vier Jahren. Natürlich hinkt der Vergleich, aber ist diese Regierung eigentlich noch dieses Landes, genannt Deutschland, würdig, es zu vertreten. Zwar sitzen die Eierleger noch mit in der Regierung, aber fragen sie das Volk überhaupt, ob es mit dem Inhalt des Eis einverstanden ist?

Rundum geht ein Stöhnen über Land, denn mit einem solchen Minimal-Ergebnis hat niemand gerechnet. Natürlich wird es - wie üblich - schön geredet, denn es muss ja nun verkauft werden an das Volk, das man ja gar nicht erst fragen will, weil man ja nun doch ein »gutes Gewissen« meint, haben zu dürfen. In Wahrheit ist es ein unsägliches Konglomerat peinlicher Absprachen, mit denen das Volk regelrecht »verkauft« wer-

Der Einzige, der sich wirklich über diesen faulen Konsens der drei Parteien freut, ist - zu recht - Macron, denn Deutschland will Europa stärken und dafür mehr Geld nach Brüssel transferieren.

Wozu? Europa zu stärken, braucht es nicht Geld, sondern Aktivität in der Politik. Statt dass ausgediente Polit-Parteigenossen nach Brüssel gehievt werden, um dort ihren politischen Lebensabend zu verbringen, sollten dort endlich jüngere Menschen mit Ideen und Elan diese Altherrenriege ablösen, die außer Reden und gerade gebogenen Gurken nichts auf die Reihe bringt.

Und das gleiche gilt für Deutschland. Man kann nur hoffen, dass die Jusos sich ihrer vergangenen glanzvollen Zeiten erinnern, und diese vermaledeite Groko zu Fall bringen, eine Groko, in der die Schwarzen wieder einmal dafür gesorgt haben, dass in Deutschen Landen Stagnation - richtiger gesagt Rückschritt Einzug hält.

Nichts von dem, was Europa bräuchte, nichts, was Deutschland weiterbrächte, was Deutschland gesunden lassen könnte, ist in diesem 28-Seitenstarken Sondierungspapier annehmbare Wirklichkeit geworden: Die Umweltziele abgebrochen, die Sozialpolitik hinten gestellt, Bildungspolitik halbherzig bedacht, heißt die Verwaltung wird ausgeweitete und dadurch die Gelder dafür ausgegeben, die Schulen und Bildungseinrichtungen gucken mit dem Restgeld durch ein leeres Ofenrohr; Gesundheitsreform fast Null, Flüchtlingspolitik nach schwarzem Gusto, heißt: Menschliche Schicksale unter den Teppich gekehrt, Missachtung der Menschenrechte, keine außenpolitische Aktivität und Planung, ABER: alle Macht den Konzernen - wenigstens soll die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung wieder eingeführt werden. Und prompt hat die Wirtschaft ihren Untergang an die Wand gemalt.

Armes Deutschland: Der Aktienindex steigt und erreicht häufig neue Rekordhöhen, aber für die Bürger ist kein Geld übrig, auch nicht für Investitionen: z. B. Wohnungsbau, dieses Thema scheint völlig heraufgefallen zu sein; u. a. Und Herr

Schulz? Ist wieder einmal eingeknickt.

Wie bereits gesagt: Hoffentlich erreicht die SPD-Basis den Abbruch dieser miesen Groko-Vereinbarung. Wenn die SPD Glück hat, könnte es ihr wieder ein paar Stimmenprozent einbringen. Wenn nicht, wird die SPD bald nicht mehr im Bundestag vertreten sein.

Mit einer Frau Nahles an der Vize Spitze der Partei gewinnt die SPD nichts. Die Partei müsste aus ihrer

den soll. Im Grund genommen sind tatsächlich alle, die glauben etwas sagen zu dürfen, allen voran die deutsche - Quatsch - die internationale Wirtschaft, die nun meint, sie müsse hier ihre Zelte abbrechen. Dabei beschießen sie den Deutschen Staat - also eigentlich uns, die Bürger - nach Strich und Faden, und unsere bisherigen Regierungen, und so auch die jetzt werdende haben und wird dabei zuschauen. Armes Volk!

Nachwuchsklientel endlich eine Verjüngungskur auf die Beine stellen. Das betrifft auch Martin Schulz, denn er kann sich nicht standhaft durchsetzen. Da stehen die Schwarzen besser da. Dennoch ist allen sogenannten Volksparteien anzuraten: Lasst mal jüngere Semester ran. Sie können das auch und eure Hosenböden müssen nicht länger an den Sesseln kleben. Und außerdem sind eure Pensionen fünfzig mal höher als die der unteren Rentenklassen.

Deutschland braucht Ideen. Frankreich hat gezeigt, dass es geht. Über das Wie kann man diskutieren, nicht aber über die Grundlagen.

Und eines sollte klar sein: Nach 12 Jahren Regierung ist eine neue Staatsführung angebracht, denn Regieren ist keine Routine, wie es sich jetzt darbietet. Auch neue Gesichter braucht das Land. Und neue Ideen und eine den Menschen, sprich dem Volk, gerchtwerdende Politik

HP

Unser Leitartikel

Deutschlands Werte in Gefahr?

Was, eigentlich, verstehen wir unter ›Werte unseres Landes?‹ Welche Werte gingen denn Deutschland verloren, wenn wir nicht aufpassen?

Uns gehen gerade grundlegende und entscheidende Werte verloren: Nicht durch Bürger anderer Kulturen und Religionen, auch anderer Sprachen. Das alles ließe sich ausgleichen.

Aber politisch motivierte Drangsal ist die erste und eine massive Einschränkung, und das Schlimme daran ist, dass das Volk dazu schweigt, weil es sich nicht auskennt, im politischen Gehabe, weil auch die Medien recht kritiklos alles abwinken, was die deutschen Werte in Frage stellt.

Nein, nicht ganz. Es gibt zur Zeit noch ein Grüppchen, das sich der verordneten Politikhörigkeit entgegen stellt, das aufmüpfig ist und anprangert, was so nicht in Ordnung ist: Es sind die ›Jusos‹, die Junge SPD, die soviel Grips im Hirn haben, dass sie merken, hier ist etwas nicht in Ordnung, hier wird gegen den Willen des Volkes verstoßen und auch noch zu dessen Nachteil. Wir können nur hoffen, dass diese Nachwuchs-Kerngruppe der SPD sich durchsetzt, die über das Volk gestülpte Wunschgroko der Unionen (CDU + CSU) zu Fall zu bringen!!! Denn das Volk hat sie nicht gewählt - die Groko, wollte sie nicht haben, dieses Krokodil, das nur fressen will, weil es davon abhängig ist, von einer Monokultur, genannt Wirtschaft.

Ein Grundwert Deutschlands wird hier zu Grabe getragen, der Wert, der im

Grundgesetz so unwiderruflich festgelegt ist: »Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt« (Artikel 20 Absatz 2 des Grundgesetzes (GG) der BRD).

Die Volkssouveränität im Sinne deutschen Verfassungsrechts ist Bestandteil des Demokratieprinzips und gehört als solcher zu den verfassungsrechtlichen Staatsform-Merkmalen der Bundesrepublik Deutschland.

Nur weil gewisse nicht mehr unabhängige Politiker aus eben diesen Gründen an ihren Sesseln kleben und deshalb Angst haben, aus diesen herausgeschmissen zu werden - und da nehme ich keine Partei aus - deshalb muss eine stabile Regierung gebildet werden, eben notfalls eine Groko. Und deshalb hat auch Herr Schulz sein Rückgrat gebeugt und mit ihm die Parteiführung.

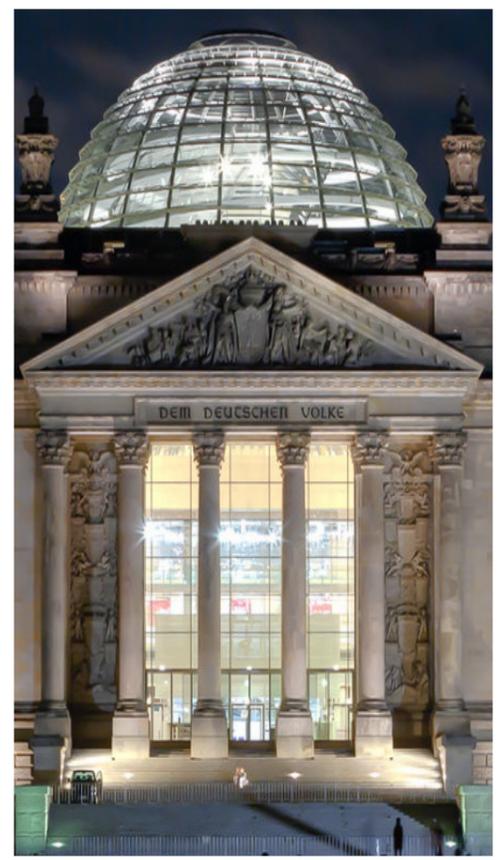
Wir erkennen alleindaran, wieviel Werte, Deutsche Werte, bereits verloren gegangen sind.

Dieser ›stabilen Regierung‹ werden also gesunde deutsche Werte geopfert. In vielen europäischen Staaten herrschen Minderheiten und es funktioniert bereits seit Jahren und länger als eine Legislaturperiode in der BRD. Es geht also auch anders!

Bürger informiert euch, lasst euch nicht alles gefallen! Wir müssen uns auflehnen, denn wir verstehen sehr wohl, was ihr da oben treibt.

Enrico

Die deutsche Politik ist tot!
Es lebe eine neue Politik!



Diese Seite wurde am Freitag, 12.01., geschrieben, und zwar nach Bekanntwerden der Ergebnisse der Sondierungsgespräche.

In München kostet eine Drei-Zimmer-ETW 1,5 Millionen Euro

Wer soll das bezahlen?

BLAU LICHT

Bereits 1949 sang Jupp Schmitz folgenden Refrain zu einem Wirtshaus-Schlager:

**Wer soll das bezahlen,
Wer hat das bestellt,
Wer hat so viel Pinke-pinke,
Wer hat so viel Geld?**

Als wäre es für die heutige Immobiliensituation in den Großstädten geschrieben worden. Immerhin ist München in dieser Beziehung Spitze in der BRD, noch vor Hamburg und Berlin.

Kein Wunder, wenn die Wohnungsmieten nachklettern, allein in 2017 im Durchschnitt um zwanzig Prozent, im München 25 Prozent.

Ein Grund, warum nun der Georg von Toyberg Verlag und Galerie aus München weg aufs Land ziehen wird. Noch ist das neue Domizil nicht gefunden, aber – »Wir arbeiten daran!«

In den Ergebnissen der Sondiergespräche liest man über Mieten wenig. Als wäre das gar kein Problem, kein Thema. Alle diese sozialen Belange weswegen Martin Schulz aus Brüssel in die BRD zurückgekommen ist und groß getönt hat wegen sozialer Schieflage, davon ist sogar wie nichts mehr vorhanden. Das ist ein Grund, dass die Prozentzahlen der SPD bereits bei den Wahlen im November 2017 in den Keller gefallen sind. Mit Worten und mit Redenschwingen, kann man keine Wahlen gewinnen. Und das sieht man auch jetzt bei den Sondierungsgesprächen wieder: Martin Schulz ist nicht überzeugend und nicht standfest.

Die explodierenden Preise auf dem Immobilienmarkt sind sicher nicht nur hausgemacht, sie zeugen aber von der Geldgier freien Unternehmertums. Deswegen liegt die FDP falsch, aber auch die Regierung, wenn sie immer nur die Wirtschaft stützen will. Die Geldgier gerade der Branchenriesen ist unermesslich. Die Immobilienbranche hat für den ersten Bankencrash 2008 gesorgt, und sie ist jetzt erneut auf dem besten und geradlinigsten Weg, einen eventuell noch größeren Crash hinzulegen.

Aber was kümmert das die Regierung? Sie agiert gegenwartsorientiert und noch zu wenig vorausdenkend. Sie agiert einseitig zu Gunsten des Kapitals und verliert die Basis, das Bürgertum, aus dem Blickfeld. Da treffen sich SPD und die Union wieder, weil sie Grundsätze der Menschlichkeit und der Brüderlichkeit ignorieren. Das Ziel ist die Bindung der Konzerne an den Staat, weil dadurch die Wirtschaft florieren soll. Tut sie ja auch! Aber sie nimmt zuviel. Durch das System ist sie genötigt immer mehr einzunehmen wegen ihrer Geldgeber, den Aktionären, die ja auch wieder mit den Aktienkäufen daran verdienen wollen. Ein System der permanenten Steigerung, das uns wieder an den Anfang zurückführt: Wer soll das bezahlen?

Bis jetzt - und das gilt weltweit - zahlt es die Masse der Bürger mit ihren Steuern und Abgaben. Und so lange das funktioniert, regt sich keiner auf. Wenn aber immer nur die Wirtschaft und das Kapital nach oben treiben, kommt die »breite Masse« - Karl Marx nennt es das Proletariat - unter die Räder. Schlicht gesagt: Sie

sind ein notwendiges Übel, das man aber klein und dumm halten kann, sodass die Störung nicht so auffallend ist.

Gleiches Thema, anderer Zweig

Auch die Energiewirtschaft bewegt sich auf diesem Weg.

Es ist Sache der Politik, solche Wege zu regulieren, denn es kann nicht zur Aufgabe des Bürgers werden, die Schäden aus überbordender Gewinnsucht von Großkonzernen aufzufangen. Denn gerade das bevorzugt der Staat, weil er selbst ja nichts produziert, sondern vollständig aus den Steuerleistungen der Unternehmen und der Bürger heraus existiert und arbeitet.

Nun kriegen die Unternehmen und Großkonzerne genug Steuervorteile und die Gesetze werden so gemacht, dass genügend Löcher bleiben, um Steuern zu sparen oder gar zu hinterziehen. Dazu beschäftigen diese Firmen spitzfindige Rechtsanwälte, die nichts anderes zu tun haben, als diese Lücken ausfindig zu machen, und so den Staat zu hintergehen. Dazu gehört auch, dass (zum Beispiel) Autobauer sich am Waffenhandel beteiligen, d. h. Waffen bauen und gerade dort ihre besten Geschäfte abschließen, wo Spannungsgebiete sind, heißt wiederum, da wo gekämpft wird. Dies ist aber nach deutschem Recht verboten, also muss man Gesetzeslücken finden, um solche Einschränkungen zu umgehen. Und diese Geschäfte florieren.

Da man nun aber die Wirtschaft bei Laune halten will, oder glaubt, sie bei Laune halten zu müssen, schließt man - wie die bekannten drei Affen -

Augen, Ohren und Mund, lässt die Sache laufen, bis es jemand auffällt und dann kommt das große Schreien, und ist die Sache wieder abgehandelt, geht alles so weiter seinen Gang wie zuvor. Das ist allgemeine Politik, nur in Deutschland will man dem Frieden dienen, tut es aber nicht.

Warum schweigen wir Bürger?

Wir sind uns nicht mehr bewusst, dass es unser Geld ist, das der Staat verbrennt. Es ist ja so selbstverständlich, dass der Staat Aufgaben hat, die er erfüllen muss - von unserem erarbeiteten Lohn oder Gehalt. Und das ist ja auch rechtens. Aber was ist mit der Waffenproduktion? Einerseits gibt sie den Beschäftigten das Geld zum Leben, dem Staat Steuern (sofern die Konzerne sie bezahlen), andererseits vernichtet sie Leben, fragt nicht nach Ursachen und beliefert oft beide Seiten, und hält auf diese Weise den Konflikt am Köcheln, weil man ja ständig daran verdienen kann.

Wer mag sich schon damit befassen, solange es uns nicht an den Kragen geht? Das ist aber auch einer der Punkte, warum Deutschland immer mehr in den Focus von Terror und Gewalt rücken.

Es wird aber im Lauf der Zeit zum Problem für die Bevölkerung werden, denn die Ausgaben des Staates erhöhen sich gerade im militärischen Bereich enorm, und das geht zu des Bürgers Lasten. Und es geht auch zu Lasten unserer Kinder und deren Bildung, denn auch diese Kosten werden zurückgestellt, wenn anderswo Geld fehlt. Und da spart eben der Staat am liebsten und am meisten. Deswegen die soziale Schieflage.

Eines ist noch klarzustellen, nämlich, wo der Staat nicht spart: besonders wichtig: an den Gehältern und Bezügen - wiederum nicht in den unteren Chargen, sondern nur in den obersten, heißt: bei den Regierungsmitgliedern selbst. Dort sind die Taschen immer gut gefüllt, auch wenn diejenigen gar nicht mehr aktiv sind, denn sie bekommen bis zum Lebensende ihre letzten Bezüge ohne Abstriche. Und so lässt es sich wahrlich gut leben. Bleibt nur die Frage auch da: Wer soll das bezahlen?

SPRUCH DES MONATS

Der Mensch ist das Produkt seiner Unfähigkeit

H. Polterer

KLIMA UND POLITIKWANDEL

NEIN, ES IST RICHTIG GESCHRIEBEN UND SO GEMEINT - gerade, weil das Klima, das was den Wandel betrifft, sich eher festgelegt hat und so sich weiterentwickelt, sich aber die Politik wieder wandelt und ihre beschlossenen Maßnahmen zurückstellt zu Gunsten der Förderung der Wirtschaft, deshalb haben wir die Überschrift dieses Artikels so formuliert. - Worum geht es?

Der Braunkohle-Tageabbau am Niederrhein wird weitergeführt, obgleich Braunkohle nicht so effizient ist wie Steinkohle, die Landschaft verunstaltet, Siedlungs-, Wald und Landwirtschaftsgebiet vernichtet und als Schlimmstes ein CO₂-Produzent ersten Ranges ist, hat die Regierung diesem Abbau grünes Licht gegeben.

Der Diesel-Misswirtschaft wird weiterhin Zukunftsaussichten gewährt, den Dieselfahrzeugen weiterer Ausstoß von Feinstaub zugebilligt, Grenzwerte missachtet, bzw. Fahrverbote verhängt, aber Dieselfahrzeuge dürfen weiterhin gebaut werden. Die Autoindustrie darf aufatmen,

die Menschen dürfen krank werden und müssen den politischen Grobstaub einatmen.

So schwarz, wie die Unionsparteien genannt werden, sind ihre politischen Bremsspuren, die sie hinter sich herziehen. Offensichtlich meinen sie, wenn US-Präsident den Klimawandel leugnet, dann darf die Bundesregierung ihre Klimaziele einstampfen und sie in unbekannte Fernen verschieben.

Falls die EU Klage dagegen einreicht - Was solls - zahlen wir halt die paar Milliönchen, die bringt uns die Wirtschaft wieder rein. Und unsere Steuerzahler lassen wir an der langen Leine mehr husten.

In meinen Balkonkübeln blühen noch immer die dunkelblauen Polsterglockenblumen. Sie hören seit zwei Jahren nicht mehr auf zu blühen. Das ist nicht nach der Natur und zeigt, dass da etwas nicht normal ist. Zwar freut mich das sehr, weil daneben noch die Christrose blüht und in ein paar Tagen auch die Schneeglöckchen dazukommen, dennoch - und der Schnee fehlt auch. Der grüne Schimmer der Grasflächen verstärkt sich ebenfalls.

Trotzdem: es hat eins bis zwei Grad plus. Dass die Glockenblumen das aushalten! Nein, Winter ist das keiner und der kristalline Zauber, den ich vor zwanzig Jahren im Wallis gesehen, und der mich damals maßlos begeistert hat, fehlt mir jetzt. Meine Gefühle sind eingefroren, aber es passt nicht zu grüner Wiese und dunkelblauen Glockenblumen. Ja, es stimmt! Das Wetter ist nicht mehr das, was es vor sechzig Jahren einmal war, als es fast jeden Winter noch Schneehöhen von mindestens zwanzig Zentimetern im Flachland gab, und ich als Junge in meiner Heimatstadt Frankfurt am Main Schlitten gefahren bin.

»Tempora mutantur«, sagt der Lateiner, die Zeiten ändern sich. Das ist aber nur die Hälfte der Sache, denn die Zeit ist Energie und das Andere ist Materie und die ändert sich ebenfalls, und das besorgen wir selbst. Fraglich, wie lange wir das noch können.

Enrico



So geht es aber nicht weiter, denn die Bürger sind kurz vor dem Kotzen, und Fahrverbote reizen ebenfalls. Das, jedoch, hat die Parteien noch nie angefochten. Denn deren Schlagwort ist: Was geht uns das an, die überleben das schon, und bei den nächsten Wahlen haben sie es wieder vergessen. Dann sind wir wieder dran, und machen so weiter wie bisher.

Die Sache hat nur einen Haken: Dem Klima sind Parteien und Politik gleich, sogar der Mensch! Die Erde, die Natur und das Klima brauchen den Menschen nicht, aber wir Menschen brauchen die Erde, die Natur und ein gesundes Klima.

Soul an' Beauty

Heute eine SATIRISCH angehauchte Seite, die dennoch der Wahrheit verpflichtet ist!

Das Netzwerk ›Soul an' Beauty‹ verbreitet heute auf seiner Website die Mitteilung der provisorischen Regierung der Bundesrepublik Deutschland, dass aus wirtschaftlichen Gründen der seit langem mit dem Bankenverbund diskutierten, von Gerhard Schröder in die Welt gesetzten Aufgabe des »Sozialverträglichen Ablebens« eine Einigung erzielt worden sei.

Soweit die erste Maßnahme. Wir haben selbstverständlich immerwieder bei den Verhandlungen gelauscht und werden im Folgenden aufgrund der zugrunde liegenden Absichten ein Bild dessen zeichnen, was auf uns zukommen kann und wird:

Fiktive Altersgrenze

Wir müssen davon ausgehen, dass der ältere Mensch ab Achtzig zu lebensfähigen Leistungen nicht mehr fähig ist, weil Gesundheit und Denkvermögen nicht mehr gewährleistet sind (Alzheimer, Parkinson, u. a.).

Die Politik sorgt für den entsprechenden Ausgleich, da sie die Rente ab 65 festzuschreiben will. Damit soll dem Rentner die Gelegenheit gegeben werden, sich nach zehn Jahren Rentengenuss mit Bedacht auf das sozialverträgliche Ableben vorzubereiten. Aus diesem Grund sind Banken und Regierung übereingekommen, den Rentnern bei dieser Lebensumstellung eine adäquate Unterstützung zu gewähren, indem man für Kredite eine Alterszielvorgabe einrichtet, nach der der alte Mensch sich richten kann.

Es wird ja auch für alte Menschen immer schwieriger, die Inhaltsschwere der Bestimmungen in den Bergen der Formulare zu verstehen, so dass es nur gerecht erscheint, hier den Senioren entgegenzukommen.

Auch die Wirtschaft hat eingesehen, dass es richtiger erscheint und wichtig ist, ältere Menschen in ihrem Bemühen, einen friedlichen Lebensabend genießen zu können, dabei zu begleiten und ihnen die Annehmlichkeiten eines solchen Lebensabends schmackhaft zu machen.

Renteneintritt und soziale Gerechtigkeit

Einerseits wird der Renteneintritt herbeigesehnt, andererseits aber erwächst die Furcht mit der Rente zu verarmen. In der Tat hat Gerhard Schröder (SPD) seit 2005, mit seiner Agenda 2010, in der er durch die Herabsetzung der Prozentzahlen diese Angst – man könnte sagen – manifestiert hat, den Rentnern gezeigt, dass das Leben seinen natürlichen Gang einschlägt, der letztlich im Zeitlichen endet, andererseits aber der Wirtschaft die Möglichkeit gegeben hat, im Land zu bleiben, weil wir bemüht sind, euer Entgegenkommen zu unterstützen. Auf diese Weise konnten vor allem die Konzerne endlich in die Zukunft investieren, was uns heute günstigere Preise und niedrigere Löhne beschert hat. Ein wunderbares Stillhalteabkommen, wie es unter den Grandseigneurs der Geschäftswelt schon immer gepflegt wurde, um der Bevölkerung zu höherem Ansehen und besserer Gesellschaft zu verhelfen. Wir haben heute dafür den Begriff Gentleman-Agreement, obwohl dieser Brauch seit alters her geübt wurde. Man kann mit gutem schwarzen Gewissen sagen, wenn sich alle einig sind, geht das stets ohne Aufhebens zu aller Zufriedenheit. Nun sind bereits mehr als zehn Jahre ins Land gegangen – wir wissen nicht wohin – aber die Regierung braucht sich keine Sorgen über die Finanzierung zu machen, denn der Begriff ›sozialverträgliches Ableben‹ ist zum festen Begriff bei der Rentenberechnung – ich möchte sagen – eingewachsen und hat feste Wurzeln gebildet, die auch von

Als erste Maßnahme sei vorgesehen, dass jeder vermittelte Kredit bis zum letzten Tag des 79. Lebensjahrs abbezahlt sein müsse, darüber hinaus folgend, sollen keine Kredite mehr vergeben werden, die über diesen Termin hinaus nicht getilgt werden können. Da die Bürgerschaft immer älter wird, also auch geistig immer länger leistungsfähig bleibt, bedeuteten diese Regelungen ein Quasi-Todesurteil.

der SPD nicht mehr ausgerupft werden können.

CDU und CSU haben sich entgegenkommenderweise mit dieser beschriebenen Regelung angefreundet, haben ihre Bedenken wegen ›C‹ und ›S‹ in ihren Parteinamen über Bord geworfen, und sind nun mit Überzeugung auf den neuen Kurswagen aufgesprungen.

Nun kam der neue Stern am Himmel der SPD und endlich begriff diese Partei, dass sie wohl einige Fehler gemacht hatte, die den Tiefpunkt ihrer Politkarriere verursacht hatten. Aber daraus zu lernen, ward ihr nicht gegeben.

Und so kreist noch immer jenes Unternehmer-Kuckucksei in den Räumen einer ursprünglich als Arbeiterpartei geführten SPD und sie kann sich – wie im richtigen Vogelleben auch – nicht von diesem Ei trennen.

Der neue Stern jedoch, erwies sich als guter Redner, aber schlechter Macher. Und so sank der Politwert der Partei erneut (nach kurzem Hoch) auf einen Platz in den unteren Rängen. Da half auch nicht das Spektakel der sozialen Schieflage in Deutschland. David gegen Goliath ging nur einmal gut. Das war aber in Israel und nicht in Deutschland, und es waren andere Zeiten. Und David brauchte nur eine Steinschleuder und keinen Schleudersitz, wie heutzutage.

Was können wir heute darüber erfahren?

Inzwischen ist nicht nur Gras über die Geschichte gewachsen, auch Wahlen vermochten nichts zu ändern, denn die Bürger riefen nach Neuem. Doch die Politiker waren und sind allesamt hör- und gefühls-geschädigt. Vielleicht sind sie auch denkunfähig, was über

die Jetztzeit hinausreicht. Jedenfalls spricht für diese Theorie am meisten, denn das betrifft nicht nur die soziale Schieflage, sondern auch notwendige Investitionen, die man dem Volk unter fadenscheinigen Begründungen – wie zum Beispiel einer ›schwarzen Null‹ – was immer das sein soll – vorenthält.

Jedenfalls hat sich bisher auf allen sozialen Ebenen nichts bewegt. Auch der Hochsitz zum Jagen des Freiwilds war verwaist, man kümmerte sich nicht um die Jagdbeute, das Revier war abgesteckt und keiner hatte darin zu wildern. Ein mehr als trauriges Kapitel der bundesrepublikanischen Geschichte.

Beabsichtigtes Versehen plant Unfähigkeit politischer Anpassung

Eine Sub-Headline für garantiert-schwieriges Verständnis. Wir müssen aufpassen, dass nicht die letzten Errungenschaften deutscher Kultur Wirtschaftsinteressen und europäischer Gleichmacherei geopfert werden, dass Bananen noch krumm sein dürfen und Tomaten rot, dass Farben ihren Wert behalten und nicht zu braunem politischen Einheitsbrei verkocht werden, denn wenn man die Farben schwarz und rot mischt, ergibt sich die Farbe braun, das hat Goethe schon herausgefunden, und so sieht dann die GroKo aus, hässlich, matt-gebeiztem Holz nicht unähnlich, wobei das Wort hölzern betont werden muss, sollte dieses rostige Eisen tatsächlich wieder zu verbrauchten Ehren kommen.

FÜR DIE VIELEN, NICHT DIE WENIGEN

Es ist tragisch. Der westliche Kapitalismus fiebert und hustet, aber an seinem Krankenbett sitzt kein Arzt, sondern der Lobbyist eines Pharmaunternehmens. Eigentlich eine gute Ausgangssituation für die Linke. Allerdings nur in der Theorie, denn sie ist ge-

Vor allem die Sozialdemokraten stecken im Treibsand, jede Bewegung scheint sie nach unten zu ziehen. Falls sie keinen Weg der Erneuerung finden, droht der SPD das Schicksal ihrer europäischen Schwesterparteien: In Frankreich, Italien, den Niederlanden oder Griechenland sind sie von der Bedeutungslosigkeit nicht mehr weit entfernt. Die Linkspartei steckt nicht in einer vergleichbaren Existenzkrise, sie hat sich in stabiler Seitenlage behauptet. Aber der Schwung ist weg, die AfD hat ihr den Rang als größte Oppositionspartei abgelaufen.

Die Verdrossenheit in der Linkspartei ist so groß, dass jetzt eine neue linke Volkspartei aus den Unzufriedenen aus Linken, SPD und Grünen ins Spiel gebracht wird. Die Initiative ist in erster Linie Mittel des Machtkampfes innerhalb der Partei, politisch ist sie eher fragwürdig. Denn schließlich ist es gerade das Prinzip Volkspartei, das in der Krise ist. Gerade ihre Grundvoraussetzung, weltanschaulich dünn und vor allem auf die Maximierung von Macht aus zu sein, hat viele Wähler den alten Volksparteien entfremdet. Für sie wäre eine neue linke Sammlungsbewegung keine Alternative. Wichtig sind die politischen Ausrichtungen, um die gerade gerungen wird. Hier zeigen sich die Grundprobleme der linken Parteien der letzten Jahrzehnte: Man hat

die dialektische Denkweise durch eine dualistische ersetzt. Die realen Widersprüche der Wirklichkeit will man in jeweils eine Richtung auflösen, statt den Widerspruch selbst anzugehen. Auf der einen Seite wollen Sahara Wagenknecht und Oskar Lafontaine mit einer Renationalisierung der Politik den Staat gegen den Sog der Globalisierung stärken. Dabei suchen sie der zuckrigen Versuchung des Nationalismus, der derzeit so viele Menschen erliegen, mit dem Surrogat der nationalen und demokratischen Souveränität zu begegnen. In der SPD wirbt Sigmar Gabriel für einen neuen Heimatbegriff. Auf der anderen Seite erstarkt ein libertärer Kosmopolitismus. Seine Anhänger betrachten mit der moralischen Überlegenheit des globalen Humanisten den Sozialstaat und den schmalen Lebensstandard, den die unteren Klassen im reichen Deutschland erreicht haben, in erster Linie als Etabliertenvorrechte gegenüber den Menschen aus dem globalen Süden.

Der Dualismus des linken Denkens zeigt sich auch im Streit um die Identitätspolitik, des Kampfes gegen die Diskriminierung einzelner Gruppen und deren Recht auf Anerkennung. Einige schließen sich der konservativen Erzählung an, die Linke habe die Abgehängten vernachlässigt. Die Kritiker der Identitätspolitik denken in kom-

schwächt und taumelt. Begonnen hat die Krise der Linken schon lange vor der Flüchtlingskrise, sie hat sich mit dem Kapitalismus abgefunden – und ist deshalb zerrissen wie lange nicht mehr.

munizierenden Röhren, wenn sie fordern, wieder mehr auf die soziale Frage und weniger die Identitätspolitik zu setzen. Sie vergessen, dass die gesamte Geschichte linker Bewegungen, nicht zuletzt der frühen Arbeiterbewegung, sich um die Frage von Identität, Anerkennung, Autonomie und Würde – und ja, auch Stolz – drehte. Soziale Ungleichheit wurde als Hindernis zur Verwirklichung dieser Ansprüche gedeutet. Das Problem der Identitätspolitik der letzten Jahre lag eben nicht in ihren vermeintlichen Exzessen (Sexismus zum Beispiel ist offensichtlich immer noch ein großes gesellschaftliches Problem), sondern im mangelnden Sinn für vertikale soziale Ungleichheiten. Man kämpfte für die Gleichstellung von Frauen in Aufsichtsräten, aber nicht gegen die schlechten Arbeitsbedingungen von Frauen im Dienstleistungsproletariat.

Die Linke ist selbst Teil des Establishments geworden

Ihren Ursprung hat die Malaise der Linken aber darin, dass sie die Imagination einer anderen, einer besseren Welt verloren und den Willen, sie zu erreichen, aufgegeben hat. Die Linke hat das neoliberale Mantra, dass es keine Alternative zum globalen Kapitalismus gebe, im Grundsatz verinnerlicht. Deshalb ist sie keine Kraft der Zukunft, keine Treiberin des Fortschritts,

Aus ZEIT-ONLINE / 31. Januar 2018, 16:59 Uhr
Editiert am 4. Februar 2018, 15:08 Uhr

Das traurige Spiel der diktatorisch-stabilen Regierung

Die ewigen Gegensätze: Demokratie und Diktatur

In Deutschland ging das bevorzugte Liebäugeln in Richtung Diktatur schon immer von den Konservativen und rechtsgerichteten Kreisen seit dem ersten Weltkrieg aus. Unter dem Deckmantel der Sicherheit, des Vertrauens und dem Vorschreiben, was dem Bürger frommt, was ihm guttut und nützt, wurde stets das durchgesetzt, was genau das Gegenteil dessen war, was das Volk sich gewünscht oder gebraucht hätte.

Nach dem zweiten Weltkrieg begann wieder das gleiche Spiel. Es hatte nur einen Haken: Deutschland war ja demokratisch geworden. Dennoch brodelte der diktatorische Nimbus wei-

Zur Zeit wird das Spiel neu aufgelegt. Die Wahlen sind vorbei, die Bürger haben sich eindeutig **gegen** eine GroKo ausgesprochen, aber das passt den Rechten, den Konservativen nicht, und so hat länger als ein Vierteljahr Deutschland noch immer keine handlungsfähige Regierung, sondern nur eine geschäftsführende Alt-Damen und -Herren-Riege. Eine Blamage vor den Augen der gesamten Welt.

Sie wurde eingeläutet mit der sehr wohl überlegten, und von den nicht-konservativen Kreisen befürworteten Äußerung des SPD-Vorsitzenden Martin Schulz, in die Opposition zu gehen, um sich zu sammeln, neue Grundlinien aufzustellen und sich zu regenerieren. Was blieb, war die unselige Zusammenrauferei der restlichen Parteien zur sogenannten Jamaika-Koalition, die bereits das Dilemma schattenhaft voraus warf.

So kam, was kommen musste, der erste Abbruch der Sondierungen - jetzt durch die FDP, denn was da sondiert wurde, war dazu - von vornherein - zum Scheitern verurteilt.

Es kam zwar überraschend, war aber nicht verwunderlich, dass der Bandleader der FDP das Startsignal gab, und den Abbruch der Sondierungsgespräche auslöste. Christian Lindner - eben ein kluger Kopf - begriff sehr schnell, dass er gegen Konservative einerseits und Grüne andererseits keine Chance hatte, seine ehrgeizigen Pläne zu realisieren, sondern eher zwischen den Fronten zerrieben würde. So war von seiner Seite aus gesehen, die Sondierungsgespräche abzubrechen, die richtige und bestmögliche Entscheidung.

Die Blamage nimmt Fahrt auf!

Was nun folgte, ist der Beginn des Beweises einer Art politischer Unfähigkeit: Die Schwarzen kleben an ihren Sesseln, sie möchten gerne eine Diktatur haben, können dies aber nicht vermitteln, weil sie ja die Demokratie auf ihre Fahnen geschrieben haben. Deshalb bemühen sie als Grund den Spruch einer »stabilen Regierung«, so überflüssig wie ein Kropf. Und so sieht das dann auch aus - wie ein Geschwulst, und ist auch nichts Anderes.

Die beiden Volksparteien, CDU und CSU, deren Parteinamen nichts mit den von ihnen vertretenen Ansprüchen gemein haben, locken den Weichling Martin Schulz aus seinem Versteck, der dann natürlich auch darauf hereinfällt und einknickt, gleich selbe Wortwahl: »Wir brauchen eine stabile Regierung«, oder so

ähnlich, jedoch eins im Geiste. Nur hat er nicht mit den Jusos gerechnet, die sich dieser geplanten GroKo strikt widersetzen. Aber dennoch gibt die SPD-Basis insgesamt gesehen grünes Licht. Erster Messpunkt der Unfähigkeit der Bürger zu erkennen, was hier gespielt wird.

Kann die neue GroKo gewinnen?

Noch sind wir nicht soweit. Das Trauerspiel ist noch in vollem Gange. Schulz plustert sich für die neuen Sondierungsgespräche mächtig auf, knickt aber wiederum ein, heißt: er kann sich nicht durchsetzen, hat nicht das Standvermögen, auf seinen Positionen zu beharren, und überdeckt dies mit Verhandlungsgeschick. Wieder verweigern die Jungsozialisten die Gefolgschaft - und das mit Recht! -

Frau Nahles wird bei den Sondierungen deutlich, erreicht aber nichts, denn es ist nur das erreichbar, was das schwächste Glied in einer Kette aushält, und das ist nicht genug.

Jetzt sind wir am Punkt. Da wo die Gespräche jetzt angekommen sind. Stillstand! Es geht in die Verlängerung, denn noch sind die Ziele nicht vereinbart, aber CDU und CSU verharren einfach auf ihren Positionen: »Nicht mit uns!«, und die SPD muss den Jusos Ergebnisse vorlegen, um deren Vorstellungen zu befriedigen, damit sie dann dem erreichten Kompromiss zustimmen können.

Schwierig, schwierig!

Warum nicht?

Ja, warum eigentlich nicht? In vielen Ländern in Europa gibt es Minderheitenregierungen, und sie erfreuen sich eher Beliebtheit als Verdruss. Und das kommt daher, dass für jeden Entwurf, den eine solche Regierung einreicht, die erforderliche Mehrheit dazu erst einmal gefunden werden muss. Der Erfolg solchen politischen Regierens ist etwas aufwändiger, aber liegt erheblich näher am Volkswillen und ist daher auch dichter an der Basis des Volkes. In Deutschland kann man nicht damit umgehen, weil das Volk seit Jahrhunderten obrigkeitshörig erzogen wurde, und die Kirche, die hierzulande eng mit dem Staat verbandelt ist, hat da auch kräftig mitgewirkt, tut es heute noch und hat damit ihre und des Staates Klientel - sprich die Bürger fest an der Leine. Zwar haben sich etliche der Bürger von ihr, der Kirche, emanzipiert, doch ist das eine verschwindende Minderheit - leider, denn die Kirche ist nur noch ein vorzüglicher, geschäftstüchtiger Geldeintreiber und wird durch das 1929 zwischen dem Staat Deutschland und der Kirche geschlossene Kirchen-

ter unter der Oberfläche, sogar mit den gleichen verlogenen Symbolen von Sicherheit und Wohlstand für das Volk. Beweis dafür: Die innerdeutsche Grenze, die das Volk Milliarden sowohl der DM, als auch des Euro gekostet hat. Und Wohlstand? - Ja, das Wirtschaftswunder!

Es dauerte aber nicht sehr lang, und dieses Wunder ging zu Ende, schneller als es entstanden war.

Und heute? Fast die Hälfte des Deutschen Volkes ist der Armut näher als dem Wohlstand! Was lernen wir daraus?

Wenig bis nichts!!!

konkordat massiv unterstützt. Wahrscheinlich ist Deutschland der größte Kirchensponsor der Welt.

Auch an diesem Phänomen sieht man wie bescheuert schon vor langer Zeit die Schwarzen Politik betrieben haben.

Und so wird sich auch jetzt - zumindest für diese Legislaturperiode - allenfalls Kleinigkeiten verbessern, einen sogenannten »Großen Wurf« wird es nicht geben. Schon deshalb nicht, weil dieser Alt-Damen-und-Herrenriege ja nach immerhin 12 Jahren Regierungszeit kaum etwas Neues einfallen dürfte. Man sieht es an den Sondierungsgesprächen wie festgefahren die Standpunkte sind

Die Regierung ist zu teuer

Nun, das behauptet die bisherige Regierung und meint damit Neuwahlen. Sieht man das aber mit unverbrauchten Augen, ist eher das, was seit einem Vierteljahr in Berlin veranstaltet wird, mindestens doppelt so teuer und hat noch nicht einmal ein schlechtes Ergebnis gezeitigt.

Wie also ist das zu verstehen, dass Neuwahlen zu teuer seien? Ist sich Deutschland nicht wert genug, eine klare und eindeutige Politik zu finanzieren?

Ja, diese verflorenen Ära der Politiker ist für Deutschland zu teuer. Alle Parteien haben Jugendorganisationen. Diese jungen Menschen sitzen mit in den Fingerspitzen krippelnd wartend auf ihren Positionen, und sie kriegen keine Chance, weil diese - überheblich ausgedrückt - diese abgehalfterten Damen und Herren ihre Ärsche nicht von den Stühlen kriegen, an denen sie kleben.

Frankreich macht es vor, und Emmanuel Macron zeigt, dass es geht, aber Deutschland, ewiger Abkucker in politischer Hinsicht, schafft es nicht, in einem Vierteljahr eine Regierung auf die Beine zu stellen und blamiert sich mit Reden zu einem einigen Europa bis auf »die Knochen«. Jetzt ist bereits wieder eine Verlängerung der Sondierungen notwendig! - Nun ja, vielleicht schaffen wir die vier Jahre auch auf diese Weise. Dann sollten aber die Politiker die Hälfte ihrer jeweiligen Jahresbezüge zurückzahlen, den sie haben ja ihrer Pflicht nicht genügt. Das wäre nur gerecht.

Deutschland, armes Land!

Es wird behauptet, Deutschland sei ein reiches Land, und es ginge seinen Bürgern gut. Eher das Gegenteil ist der Fall. Seit Deutschland mit heimlichen Kulturrevolutionen

leben muss, ist es kein Wunder, dass das Land in den hinteren Rängen der Pisa-Studie zu finden ist. Die Regierung, und auch bei den Sondierungen, sprechen die Verhandler der Parteien immer von Bildungschancen-Verbesserung und dass die Schulen in erbärmlichem Zustand seien. Wieso aber, ist zu fragen, wenn das schon seit Jahrzehnten bekannt ist, haben die Regierungen, die ja im Prinzip immer aus den selben Politikern bestanden, nichts dagegen unternommen? War jeweils die schwarze Null wichtiger, als unseren Kindern Bildung zu vermitteln?

Kaiser Nero hat bereits vor ein paar tausend Jahren festgestellt: »Gebt dem Volk Brot und Spiele, und es ist zufrieden!

Haben die Politiker seit diesem Ausspruch etwas dazu gelernt? Offensichtlich nicht, denn wir haben zwar genug zu essen, und haben Spiele, genannt Fußball und anderen Sport, und? Ja, das Volk ist zufrieden und der schnöde Mammon auch.

Das unausweichliche Fazit

Unausweichlich ist eine Neubesinnung Deutschlands. Und das geht nicht ohne einschneidende Maßnahmen. Und die sind in aller erster Linie: Der Spruch, der offensichtlich noch immer aktuelle Bedeutung hat: »Ein dummes Volk regiert sich leicht«, muss endlich in die Schublade alter Zeit verbannt werden! Nach 12 Jahren stagnierender Politik kann das Volk eine Umgestaltung der Politik einfordern, und das geht nicht mit leeren Köpfen und gespenstischem Gerede, sondern Neue Ideen braucht das Land, Ideen, die dieser unserer Zeit gerecht werden und nicht altes Gewäsch fortschreiben. Unsere Zeit ist eine Zeit des Aufbruchs, ist eine Zeit - auch - des Neubeginns, eine Zeit, in der sich nicht nur Deutschland selbst verändern muss, sondern in der sich die ganze Welt verändert, weil es der Mensch selbst war, der diese Veränderungen herbeigeführt hat. Ein kluger Kopf in der Zeitung DIE ZEIT hat den Satz geprägt: »Übrigens, man trägt wieder Hirn« und besser kann man es nicht ausbreiten.

Nie stand Deutschland in so schlechtem Licht - außer im sogenannten Dritten Reich - wie zur Zeit. Und dabei hätten wir es so dringend nötig, ein neues Deutschland aus der Taufe zu heben, wie in dieser Zeit. Und deshalb liebe Bundesbürger, ruft es hinaus in das Land: »Wir wollen eine neue Regierung, die mit offenem Gesicht der Welt entgegen geht, und neue Maßstäbe setzt!«